Ä9 zu I1: Demokratie stärken und gegen Demokratiefeinde vorgehen

Antragsteller*innen Timm Schulze (KV Bamberg-Stadt)

Von Zeile 112 bis 138 löschen:

6. ~~**Hass ist keine Alternative für Deutschland:** Die AfD ist eine in großen Teilen rechtsextreme Partei, die den Boden unseres Grundgesetzes verlassen hat. In den vergangenen fünf Jahren hat die AfD mit ihren Anträgen und hetzerischen Reden im Bayerischen Landtag sowie auch in den bayerischen Kommunalparlamenten keinen Zweifel daran gelassen, dass sie für unsere Demokratie und unsere Verfassung nur Verachtung übrig hat. Alle, denen unsere Freiheit und unsere Demokratie in Bayern am Herzen liegen, müssen sich deshalb dafür einsetzen, dass diese Partei bei uns keine Macht übernimmt – egal, ob in der Kommune, im Landkreis oder im Landtag. Deshalb befürworten die GRÜNEN weiter, dass rechtsextreme Strukturen in Bayern mit allen Mitteln des Rechtsstaats konsequent bekämpft und zerschlagen werden. Nach dem Vorbild von Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt muss die AfD nun endlich auch in Bayern als eine gesichert rechtsextreme Organisation eingestuft und von den Sicherheitsbehörden entsprechend behandelt werden. Bei Einstellungen und Verbeamtungen im öffentlichen Dienst müssen Mitglieder und Funktionäre der AfD auf ihre Verfassungstreue überprüft werden. Alle Möglichkeiten müssen geprüft werden, wie in Bayern die öffentliche Finanzierung der AfD und parteinaher Stiftungen der AfD beschränkt werden kann. Wir halten auch eine Prüfung eines AfD-Verbots für sinnvoll und notwendig. Wir sprechen uns dafür aus, für einen Verbotsantrag die Erfolgsaussichten gründlich zu prüfen und einen breiten Konsens herzustellen. Wir sprechen uns für eine Sammlung stichhaltiger Belege für einen Verbotsantrag und für eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe der Innenministerkonferenz aus. Auch eine einheitliche Bewertung aller Verfassungsschutzämter ist wichtig. Das alleine reicht natürlich nicht. Demokratiebildung, klare Kante und gute Politik sind ebenfalls entscheidend.~~

Begründung

Dieser Änderungsantrag steht im Zusammenhang mit weiteren Änderungsanträgen und ist mit diesen als eine Einheit zu verstehen. Leider ist es hier technisch nicht

möglich, diese Änderungen über mehrere Absätze als einen gesammelten Änderungsantrag zu stellen.

Begründung für alle Änderungsanträge:

Derzeit sind viele Menschen auf den Straßen gegen Rechtsextremismus. Sie wurden von den offen gelegten Deportationsplänen wachgerüttelt, die AfD- und Werteunions-Politiker*innen, angeführt vom Rechtsextremisten Martin Sellner, ausarbeiteten. Deportationsfanatasien hatten wir im deutschsprachigen Raum schon zu oft. #NieWiederIstJetzt heißt, dass wir aus der Vergangenheit lernen und nicht die gleiche Fehler wieder begehen.

Für die Gefahrenabwehr gegen Antidemokrat*innen stellt unsere wehrhafte Demokratie Werkzeuge zum Schutze unserer freiheitlich-demokratischer Grundordnung bereit. Hinsichtlich der immensen und akuten Gefahr, welche die rechtsextreme AfD für unsere Demokratie und insbesondere Minderheiten in unserer Gesellschaft darstellt, müssen wir als wehrhafte Demokrat*innen alle zur Verfügungen stehenden Mitteln nutzen, um diese Gefahr abzuwehren. Wir waren, wir sind und wir bleiben wehrhaft!
Wir finden es deshalb wichtig, jetzt die im Grundgesetz verankerten, rechtsstaatlichen Mittel der wehrhaften Demokratie prioritär ins Auge zu fassen und dann aufzuzeigen, wie wir als Grüne unsere Demokratie auf Dauer gemeinsam mit den anderen demokratischen Parteien stärken wollen.

Unterstützer*innen

Sarah Eisenberger (KV Bamberg-Land), Tim-Luca Rosenheimer (KV Bamberg-Land), Susanne Bauer (KV Bayreuth-Land), Albert Deml (KV Bamberg-Land), Bernarda Callens (KV Lichtenfels), Johannes Rückerl (KV Regensburg-Stadt), Sebastian Lützow (KV Bayreuth-Stadt), Anne Schmitt (KV Bamberg-Land)